

# ANTRAG

*Bundesrat Herbst 2025*

*Antragsteller\*in: DV München und Fresing*

*Tagesordnungspunkt: TOP 03 Anträge*

## **A3: Christ\*insein braucht Haltung – Nie mit Faschist\*innen!**

### **Antragstext**

1 Die Katholische junge Gemeinde (KjG) distanziert sich ausdrücklich und  
2 öffentlich von allen Politiker\*innen, die sich auf christliche Werte berufen,  
3 aber diesen in ihrem Handeln nicht gerecht werden, indem sie demokratie- und  
4 menschenfeindliche Parteien verharmlosen, ihre Unterstützung befürworten oder  
5 eine Zusammenarbeit relativieren, erwägen oder gar umsetzen.

6  
7  
8 **Christ\*insein braucht Haltung** - insbesondere gegen die AfD, die vom Bundesamt für  
9 Verfassungsschutz als gesichert rechtsextreme Partei eingestuft wurde.

10  
11  
12  
13  
14 Als christlicher Kinder- und Jugendverband steht die KjG konsequent ein für eine  
15 demokratische, gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft. Sie wendet sich  
16 gegen jede Art der Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschen. Politiker\*innen,  
17 die sich auf das Christentum berufen, jedoch den Prinzipien von Vielfalt,  
18 Solidarität und Demokratie zuwiderhandeln, stehen in fundamentalen Widerspruch  
19 zu den Grundwerten unseres Verbandes. Eine klare und öffentliche Distanzierung  
20 ist notwendig, um eine glaubwürdige Haltung zu bewahren und die Werte, für die  
21 wir stehen, sichtbar zu verteidigen.

22  
23 Daher beschließen wir folgende Maßnahmen:

- 24
- Die Erstellung einer unmissverständlichen öffentlichen Stellungnahme der  
25 KjG gegen das oben genannte Agieren demokratischer Politiker\*innen.
  
  - Die Veröffentlichung dieser Stellungnahme über alle verbandseigenen
- 26

27 Kommunikationskanäle (Website, Social Media, Pressemitteilung) sowie die  
28 Weiterleitung an relevante politische Akteur\*innen.

- 29
- Eine klare Positionierung in zukünftigen politischen Debatten, um unser  
30 wertorientiertes Profil sichtbar zu verteidigen.

## Begründung

Jens Spahn ist seit längerer Zeit eine in der Öffentlichkeit kontrovers diskutierte Person. Spätestens seit seinen Äußerungen, man solle „mit der AfD als Oppositionspartei so umgehen [...] wie mit jeder anderen Oppositionspartei auch“, stellt er sich inhaltlich in die Nähe einer Partei, die vom Bundesamt für Verfassungsschutz als *gesichert rechtsextrem* eingestuft wurde. Eine solche Positionierung ist für die KJG – als demokratisch und wertorientierter Kinder- und Jugendverband – in keiner Weise tragbar.

Für uns als KJG ist diese Entwicklung besonders relevant, weil Jens Spahn in seiner Biografie wiederholt auf seine aktive Zeit in der KJG verweist und deren Einfluss auf seinen politischen Werdegang betont (vgl. u. a. <https://rp-online.de/thema/jens-spahn/>, <https://www.theeuropean.de/politik/interview-mit-jens-spahn>, <https://www.domradio.de/artikel/gott-wird-sich-etwas-dabei-gedacht-haben-jens-spahn-ueber-katholizismus-und-politik>). Durch diese wiederholten Bezüge entsteht in der öffentlichen Wahrnehmung eine Verbindung zwischen seinem politischen Handeln und den Inhalten sowie Werten der KJG.

Diese Verbindung wirft ein verzerrtes Licht auf unseren Verband, da sie eine Legitimierung seiner Aussagen durch unseren Verband suggerieren kann. Gerade als Verband, der sich für junge Menschen einsetzt, die in einer vielfältigen, solidarischen und demokratischen Gesellschaft aufwachsen sollen, ist es unsere Verantwortung, uns klar abzugrenzen – nicht nur inhaltlich, sondern auch personell. Die Distanzierung ist daher notwendig, um Schaden vom Verband abzuwenden, eine glaubwürdige Haltung zu bewahren und die Werte, für die wir stehen, sichtbar zu verteidigen. Deshalb soll ein Ausschluss – insofern er noch Mitglied ist geprüft werden.